K 2 Klimaschutz ernst gemeint – Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit endlich schließen

Antragsteller*in:	Ingrid Nestle (KV Steinburg), LAG Energie
Tagesordnungspunkt:	Anträge
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Klimaschutz ernst gemeint – Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit endlich schließen

Am 20. September diesen Jahres fanden weltweit die größten Klimademos aller Zeiten statt. Es war ein beeindruckendes und über die Maßen dringliches Zeichen, im Angesicht der Klimakrise wissenschaftliche Fakten endlich ernst zu nehmen und statt der Beschränkung auf warme Worte endlich angemessen zu handeln.

Es ist leider eindeutig: das von der Bundesregierung am 20. September vorgelegte Maßnahmenpaket leistet bei weitem nicht den erforderlichen Beitrag Deutschlands zur Erreichung der Klimaziele von Paris. Dieser Befund wird selbst von Beratern der Bundesregierung geteilt

Viel zu spät beginnt das Paket zu greifen. Der Einstiegspreis für CO2 von 10 Euro/t ist eher ein schlechter Witz als ein Steuerungselement. Der Einbau von fossilen Heizungen wird munter gefördert und weitere Ölheizungen neu eingebaut, bis 2026 ein auch schon wieder eingeschränktes Verbot greift. In den nächsten Jahren greifen lediglich ein paar Subventionen und neues Unheil für den Klimaschutz: mit der Festlegung des Mindestabstands von Windrädern zu Dörfern und ganz neu auch dorfähnlichen Strukturen, macht die Bundesregierung die Erreichung ihrer eigenen Erneuerbaren-Ziele unmöglich. Und sie weiß das, hat das Umweltbundesamt doch erst kürzlich genau darauf hingewiesen.

Dieser Mangel an erneuerbarem Strom unterminiert letztlich auch den Rest des Paketes, bei dem wirksame Maßnahmen zwar spät kommen, aber immerhin ein paar Tippelschritte mehr als früher aufgeschrieben sind. Ohne erneuerbaren Strom ergibt der Umstieg auf Elektromobilität keinen Sinn. Ohne erneuerbaren Strom wird die Umstellung der Heizungssysteme wieder bei fossilen Lösungen landen – genug Biomasse für Heizen in ganz Deutschland haben wir jedenfalls nicht. Und das energiesparende Dämmen von Häusern wird auch wieder vernachlässigt.

Aber nicht nur klimapolitisch, auch sozialpolitisch ist das Paket eine Unverschämtheit. Weil die Regierung sich nicht traut, klimaschädliche Strukturen kleiner zu machen, fallen in ihrem Paket alle Kosten für neue Infrastruktur extra an. Sie fördert Straße und Schiene, nicht Schiene statt Straße. Sie fördert ÖPNV und gleichzeitig in sehr viel größerem Maße zum Beispiel über das Diesel-Privileg die alten Verbrenner-Autos. Da ist es kein Wunder, dass kaum Geld bleibt für den sozialen Ausgleich. Gerade einmal um einen halben Cent will die Bundesregierung als Ausgleich für den CO_2-Preis die EEG-Umlage senken. Und auch das erst in ein paar Jahren. Wir Grüne haben bei unserem Konzept des CO_2-Preises hingegen immer darauf geachtet, dass die Einnahmen vollständig an die Bürger zurückgegeben werden. Und zwar so, dass im Schnitt die Bürger mit weniger Geld in der Tasche profitieren. Unser CO_2-Preis ist in erster Linie natürlich ein Klimaschutzinstrument, aber zugleich eine leichte Umverteilung von oben nach unten. Denn es ist weder notwendig noch wünschenswert, dass Klimaschutz das

Leben der Ärmeren erschwert. Die Bundesregierung agiert hingegen sozial ungerecht: Mit der Erhöhung der Pendlerpauschale steigert sie nicht nur die umweltschädlichen Subventionen auf ein neues Rekordniveau, sie schüttet auch einen großen Batzen Geld mal wieder fast ausschließlich in die Taschen der Besserverdiener. Genau die finanzschwächere Hälfte der Bevölkerung profitiert nämlich kaum oder nicht von der Erhöhung, weil sie gar nicht genug Steuern zahlt, um in den Genuss der Pendlerpauschale zu kommen.

Wir begrüßen deshalb, dass die Landesregierung die festen Abstände der Windräder von 1000 Metern für Schleswig-Holstein ablehnt und das entsprechende Opt-Out nutzen wird. Wir fordern sie auf, bei ihren Gesprächen mit Vertretern anderer Bundesländer dafür zu werben, dass möglichst viele Länder dieser Initiative folgen. Außerdem bitten wir sie, sich in Gesprächen mit der Bundesregierung sowohl für eine Neujustierung der Klimaschutzmaßnahmen im Einklang mit dem Vertrag aus Paris als auch für eine sozial gerechte Lösung einzusetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Alexander Fischbach (KV Kiel); Hans-Jürgen Bethe (KV Pinneberg)